

**8. MAI 1945 – 08. MAI 2010
65 JAHRE SIEG ÜBER DEN FASCHISMUS**



Foto: Andreas Steinhoff, Wikimedia Commons

Liebe Genossin, lieber Genosse,

am 08. Mai 2010 werden 65 Jahre seit dem Sieg über den deutschen Faschismus vergangen sein. Von Groß- und Finanzkapital mit Millionen Reichsmark an die Macht gebracht, war es von Anfang an die Hauptaufgabe der Hitlerfaschisten, eine sozialistische Entwicklung in Deutschland zu verhindern und die sozialistische Sowjetunion zu besiegen. Der folgende imperialistische Raub-, Zerstörungs- und Eroberungskrieg kostete Abermillionen von Menschen das Leben.

Vor allem die sowjetische Rote Armee hat unter ungeheuren Verlusten halb Europa und auch Deutschland befreit. Tausende ihrer Gefallenen liegen noch heute in Berlin, in der

Gedenkstätte Treptower Park. Hier wollen die Genossen der KI Berlin des 65. Jahrestages gedenken:

KI BERLIN:

**08. MAI BERLIN, EHRENMAL TREPTOWER PARK, 16.30 UHR
BETEILIGUNG AN DER GEDENKVERANSTALTUNG DES
BUNDES DER ANTIFASCHISTEN TREPTOW**

Die KI-Gruppe Berlin trifft sich am 8.Mai um 16.30Uhr vor dem Treptower Park. Wir schließen uns einer Zentralveranstaltung des Bundes der Antifaschisten Treptow e.V. an. Am Denkmal "Mutter Heimat" findet um 17 Uhr eine Kundgebung statt. Dort sprechen Heinrich Fink (Bundesvorsitzender der VVN) und Oberst a.D. Marat Jegorow aus Berlarus, Teilnehmer an der Siegesparade am 9. Mai 1945 auf dem Roten Platz und Präsidiumsmitglied des Europäischen Friedensforums. Der Kinder- und Jugendchor "Sadako" tritt auf und anschließend werden Kränze und Blumen am Denkmal niedergelegt.

Beteilige dich, komm mit uns! Kontakt: ki@ki-berlin.kommunistische-initiative.de

Der heimliche Aufmarsch

Es geht durch die Welt ein Geflüster.
Arbeiter, hörst du es nicht?
Das sind die Stimmen der Kriegsminister!
Arbeiter, hörst du es nicht?

Es flüstern Kohle- und Stahlproduzenten,
Es flüstern die chemischen Industrien,
Es flüstert von allen Kontinenten,
Aus London, aus Tokio, aus Berlin,
Aus Rom, aus Neuyork, aus Budapest,
Aus Prag, aus Warschau, aus Bukarest.

Es flüstert Dollars, es flüstert Kanonen,
Es flüstert Panzerplatten und Gas,
Es flüstert Gewehre, es flüstert Patronen,
Es flüstert Kredite und Kriegsschulderlaß.
Es flüstert die Stimme des Weltfaschismus:
Mobilmachung gegen den Bolschewismus!

Es rollen die Züge Nacht für Nacht!
Maschinengewehre für Polen!
Für Japan deutsche Gewehre o8,
Für Finnland Armeepistolen,
Schrapnells für die Tschechoslowakei,
Für Rumänien Gasgranaten –
Sie rollen von allen Seiten herbei
Gegen die roten Soldaten!

Arbeiter, horch, sie ziehen ins Feld!
Doch nicht für Nation und Rasse!
Das ist der Krieg der Herrscher der Welt
Gegen die Arbeiterklasse!
Denn der Krieg, der jetzt vor der Türe steht,
Das ist der Krieg gegen dich, Prolet!

Arbeiter, Bauern, dann nehmt die Gewehre
Für das proletarische Vaterland!
Zerstampft die faschistischen Räuberheere,
Setzt alle Bruderherzen in Brand!
Pflanzt eure roten Fahnen des Sieges
Auf jede Schanze, auf jede Fabrik!
Dann blüht aus der Asche des letzten Krieges
Die sozialistische Weltrepublik!

ERICH WEINERT, 1927!





kommunisten.ch

VOR DEM 65. JAHRESTAG DES SIEGES ÜBER DEN HITLERFASCHISMUS

Wir nähern uns auf einige Wochen dem 65. Jahrestag der Kapitulation des Hitlerfaschismus und damit des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8./9. Mai 1945. Die Freude der Völker über ihre Befreiung vor der faschistischen Barbarei ist untrennbar verbunden mit dem Schmerz über die ungeheuer grossen Opfer, welche die Anti-Hitler-Koalition zur Niederwerfung der Wehrmacht erbringen musste. Viele Völker haben sich darum verdient gemacht. Die Griechen zum Beispiel, die zu Millionen in der Partisanenarmee gegen die deutschen Besatzer kämpften und bis im Herbst 44 etwa 90% des Landes befreien konnten. In Weissrussland waren Volk und Widerstandsarmee so sehr verwachsen, der Widerstand gegen die Besatzer so erbittert, dass nur zwei von drei Weissrussen den Krieg überlebten. Wer nicht in der Roten Armee starb, bevorzugte den Tod als Partisan einem Tod als Opfer eines Erschiessungskommandos oder dem Leben unter der Gewalt faschistischer Bestien.

Den weitaus grössten Anteil an allen Anstrengungen, Entbehrungen, unsäglichen Leiden des 2. Weltkriegs trugen die europäischen und asiatischen Völker der Sowjetunion. Und den Hauptanteil an den siegreichen militärischen Operationen zur Niederwerfung der deutschen Wehrmacht trug die in den Sowjetvölkern verwurzelte ruhmreiche Rote Armee unter der Führung von Josef Stalin. Das Ansehen der Sowjetunion und ihrer Führung stiegen nach allen Erfolgen im Aufbau des Sozialismus in einem Lande und nach der Zerschmetterung der faschistischen Militärmaschinerie auf einen Höhepunkt. So war die Lage am Ende des Weltkrieges. [...]

Die Kommunisten bildeten von jeher die Speerspitze des Antifaschismus

Schon vor Ausbruch des Weltkrieges waren es überall die Kommunisten gewesen, die den Faschismus am tiefsten und umfassendsten studierten, den Faschisten und ihren "liberaleren" Steigbügelhaltern am energischsten entgegen traten und sich bei der Organisation des Widerstandskampfes zuvorderst beteiligten. Als die Kommunisten im November 1932 in Genf gegen den aufkommenden Faschismus demonstrierten, wurden dreizehn Genossen durch Armeekeugeln erschossen und Dutzende verletzt. Der Chef des Militärdepartements, Bundesrat Minger, wurde im Parlament bejubelt. Das war wenige Wochen vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Die konsequentesten Antifaschisten wurden von der Bourgeoisie wie Staatsfeinde behandelt. [...]

Gefasst auf Lügen

Wir müssen uns darauf gefasst machen, dass die offiziellen Feierlichkeiten zum 8. Mai 2010 nicht von diesen Wahrheiten sprechen werden. Man wird den Anteil der Sowjetunion am Sieg herunterspielen und den antifaschistischen Kampf der Kommunisten vieler Länder verschweigen. Sogar in Russland wurde der Oberbürgermeister von Moskau, Juri Luschkow, von der Kreml-Partei angewiesen, Stalin-Porträts an den Siegesfeierlichkeiten zu verhindern.

Doch nicht genug damit: die Spitzen der NATO-Mächte werden sich selbst und ihre Ideologie als Sieger über die Hitlerideologie feiern, ausgerechnet die imperialistischen Mächte, die – bevor der Weltkrieg ausgekämpft war – an das Sterbebett des Faschismus in Griechenland, Portugal und Spanien eilten, um diesen künstlich zu beatmen, ausgerechnet diese "Hüter des Freien Westens", die sich auf alte braune und schwarze Kameradschaften verliessen, um überall in Europa ihren dunklen Staat im Staat aufzubauen?

Es steht zu erwarten, dass die imperialistische Führungsgarnitur, wie wir das schon zu Anlass des 70. Jahrestags des Kriegsausbruchs in Europa erlebt haben, auch die Gelegenheit der Siegesfeierlichkeiten nicht versäumen wird, um ihre Lügengeschichten zur Umkrepelung der Erinnerung an das 20. Jahrhundert fortzuschreiben, mit dem Ziel, den Faschismus und Imperialismus weisszuwaschen, den Kommunismus anzuschwärzen, und das Gedächtnis der Werktätigen aller Völker an die Triumphe der Sowjetunion auszulöschen.

Als Kommunisten sind wir aufgerufen, dieser Kampagne entgegenzutreten, die geschichtliche Wahrheit zu verteidigen, die Erinnerung an die gigantischen Errungenschaften der Arbeiterklasse hochzuhalten, von ihren Siegen zu lernen, und ebenso der gewaltigen Opfer zu gedenken.

ganzer Artikel: [VOR DEM 65. JAHRESTAG DES SIEGES](#)

GESCHICHTSLÜGEN KONTERN DER 65. JAHRESTAG DER BEFREIUNG VOM HITLERFASCHISMUS UND SEINE LEHREN



Von Moritz Mebel

[...] Anfang Juni 1945 wurde unsere Armee in Züge verladen, und ab ging es in Richtung Osten. Am 9. Juni hielten wir auf dem Hauptbahnhof in Dresden, ein Foto erinnerte mich daran. Ein erschütternder Anblick: Trümmer soweit das Auge reichen konnte. Mitleid kam in mir auf.

Doch erinnerte ich mich an die Vernichtung von Coventry durch die deutsche Luftwaffe und die Worte Görings: coventrieren – ausradieren, an das Bombeninferno auf Rotterdam, Warschau, Minsk, Leningrad. In dieser Stadt wurden allein im ersten Jahr nach Kriegsbeginn, durch Einkesselung und Bombenhagel eine Million Menschen umgebracht.

Daß Nazis die Dreistigkeit besitzen, heutzutage gegen die Auswirkungen des von Hitlerdeutschland entfachten Krieges zu protestieren, ist infam. Der Opfer von Dresden zu gedenken, darunter ungezählte Kinder, gehört zu unserem humanistischen Selbstverständnis. Aber auch nur für einen Moment zu vergessen, wer den grausamen Bombenkrieg begann, hieße, der Geschichtsrevision auf den Leim gegangen zu sein. Zunehmend bedeutet der sogenannten gesellschaftlichen Mitte die Geschichtsrevision weniger als ein Kavaliersdelikt. Die Vorgänge um die Tochter eines deutschen Besatzers in Polen, geborene Hermann, heute Frau Steinbach, die als Vorsitzende der sogenannten Vertriebenenverbände unentwegt das den Deutschen widerfahrene Unrecht anklagt, belegen dies. Kaum ein Historiker oder Politiker und schon gar nicht die Massenmedien stellen sich der massiven Umdeutung von Geschichte entgegen. Vielmehr sind sie Teil dieser Umdeutung. 65 Jahre nach Kriegsende soll vergessen gemacht werden, was vor den Aussiedlungen Deutscher in Polen und in der Tschechoslowakei geschehen war. [...]

Winston Churchills Zeugnis

Insbesondere seit Juni 2004 wird in Massenmedien und durch Äußerungen von Politikern suggeriert, daß die Befreiung der Völker Westeuropas vom Faschismus allein durch die Landung der Westalliierten am 6. Juni 1944 in der Normandie vollzogen wurde. Zu diesem Zeitpunkt stand die Rote Armee an der Weichsel. Im Januar 1945 hat Winston Churchill in einem Telegramm Stalin ersucht, die für Anfang Februar vorgesehene Offensive der Roten Armee vorzuziehen, um die Westverbündeten in den Ardennen von der Offensive der Wehrmacht zu entlasten. Das geschah. Am 5. April 1945 stellte Churchill im Zusammenhang mit der Niederlage der deutschen Armeen an der Westfront fest. »Die Tatsache, daß sie (die Wehrmacht) im Westen an Landtruppen zahlenmäßig unterlegen war, ist den glänzenden Angriffen und der Wucht der sowjetischen Armeen zu verdanken.«

Ein weiterer gefährlicher Aspekt der Geschichtsklitterung besteht darin, daß man den Menschen suggeriert: Opfer sei gleich Opfer. Die Leiden der fliehenden und vertriebenen Deutschen aus den von faschistischen Banditen befreiten Ostgebieten, vergewaltigte deutsche Frauen, zerbombte deutsche Städte sind nicht etwa die Folgen des von Hitlerdeutschland entfesselten Zweiten Weltkriegs. Auch wird verschwiegen, daß von Kommandostellen der Roten Armee gegen Gewalttaten von Angehörigen der Armee hart durchgegriffen

wurde. Es sei nur an die Befehle von Generaloberst Bersarin erinnert. Die Versorgung der Bevölkerung von Berlin mit Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe stand im Mittelpunkt, als seine Stoßarmee am 26. April 1945 in den Vororten der Reichshauptstadt kämpfte. Und es war ein großer Fehler, daß über von Rotarmisten begangene Gewalttaten und ihre Verurteilung durch das Militärtribunal die Bevölkerung nicht informiert werden durfte.

Es bleibt eine unumstößliche Tatsache, daß dank dem Sieg der Alliierten über Hitlerdeutschland, über die faschistischen Aggressoren die Völker Europas, aber auch anderer Kontinente, vom Absturz der menschlichen Zivilisation in die schlimmste Barbarei gerettet wurden. Den höchsten Blutzoll für diesen Sieg und die Befreiung vom Faschismus mußten die Völker der Sowjetunion zahlen.

Hätte die Sowjetunion, dem bestialischen Wüten der Deutschen in ihrem Land entsprechend, Rache genommen, so wäre die gesamte sowjetische Besatzungszone ein einziges Massengrab. Darüber verliert in diesem Land öffentlich so gut wie niemand ein Wort. Vor uns liegt am 8. Mai 2010 der 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Wir werden ihn gemeinsam mit anderen Linken und Antifaschisten begehen. Ich wiederhole noch einmal: Wir müssen uns dafür einsetzen, daß der maßgebliche Anteil der Sowjetunion an der Zerschlagung Hitlerdeutschlands in aller Deutlichkeit benannt wird. Ich unterstreiche die Position, die nicht zuletzt die KPF in dieser Frage einnimmt: Allen Versuchen, der Sowjetunion eine Mitschuld am Krieg zu geben und ihre unermeßlichen Leistungen und Opfer zu schmälern, müssen wir eine Abfuhr erteilen. Allen Tendenzen des Geschichtsrevisionismus, so sehr sie sich auch breitmachen, müssen wir entschiedenen Widerspruch entgegensetzen. Der Krieg war nicht zuletzt für die Deutschen schrecklich, doch er war von deutschem Boden ausgegangen. [...]

ganzer Text: [JW: Geschichtslügen kontern](#)

BERICHTE AUS DER KI

DRESDEN: BREITE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE KI

Am 16.03.2010 fand in Dresden die Marxistische Schulung (MASCH) zum Thema "Möglichkeiten und Wege zur Einheit der kommunistischen Bewegung" statt. Nachdem in einer KI-Diskussionsveranstaltung am 27.02. aufgrund der Kürze der Zeit noch Informations- und Diskussionsbedarf blieb, wurde ich gebeten, das Referat zu halten. Mit über 20 Genossen aus verschiedenen Parteien und Organisationen sowie auch ohne Organisationszugehörigkeit war der Besuch gut.

Ich ging auf die Bestimmung der angesprochenen Personengruppe für den Einigungsprozeß der Kommunisten, die Notwendigkeit der Verhinderung einer Fraktionsbildung innerhalb kommunistischer Parteien, das Problem der Spaltung der kommunistischen Bewegung, die gegenwärtigen Bedingungen in der BRD, den mit dem Gründungsaufwurf der Kommunistischen Initiative begonnenen Einigungsprozeß und die dabei bereits vollzogenen Schritte und erreichten Erfolge ein.

Während auf der vorherigen Veranstaltung noch sehr kontrovers diskutiert wurde, kamen diesmal in der anderthalbstündigen Diskussion ganz überwiegend positive Bewertungen der KI und dieses Weges zur Einheit bis hin zu Forderungen des möglichst schnellen Beginns der praktischen Arbeit – und das von Genossen, die bis dahin noch nicht mal Unterstützer oder Interessenten der KI waren.

Ein Genosse betonte, daß die bestehenden kommunistischen Parteien kaum noch neue Aktivitäten entfalten. Seit über 20 Jahren habe keine Einigung der Kommunisten auf Ebene der Parteien stattgefunden, so daß sich die Überlegung aufdrängt, wie man das besser machen kann. Es müßten neue Wege gesucht werden, und ein möglicher Weg ist die KI. Er sieht in der KI vor allem auch einen Generationswechsel in der kommunistischen Bewegung. Er zog die praktische Schlußfolgerung, die KI müsse unterstützt werden, z.B. durch den Rotfuchs, der insbesondere die Wahrheit über die KI verbreiten und sich gegen Verleumdungen und Unterstellungen wenden solle. Für die KI sei vor allem wichtig, dort aktiv zu werden, wo kämpferische Aktionen des Proletariats stattfinden.

Jemand bemerkte, daß bei der jetzigen Veranstaltung wie bei der vor 3 Wochen vor allem eine

Standortbestimmung vorgenommen werde, es aber darum gehen müsse, die KI mit konkreten Schritten zu unterstützen. Wörtlich äußerte er: "Die KI ist ein Stern am Himmel, der zum Glühen gebracht werden kann". Ein Genosse kritisierte, daß KI-Unterstützer ihre anderen Aktivitäten in ihren bisherigen Organisationen abbuchen müßten, worauf er von mehreren Genossen darauf hingewiesen wurde, daß eben dies bei der KI nicht der Fall ist und ich dies auch hinreichend dargelegt hätte. Einer fragte, wie lange denn manche revisionistischen und sozialdemokratischen Parteien noch die Nibelungentreue halten wollen.

Ein anderer fühlt sich durch das Fernziel, eine einheitliche kommunistische Partei zu schaffen, abgeschreckt, er habe schon genügend Gründungen von Parteien und deren Verschwinden erlebt, und wenn die KI 6000-8000 Mitglieder hätte, wäre das was anderes und dann könne man das nochmal überdenken. Worauf ich ihn darauf hinwies, daß, wenn das alle so machen, niemals 6000-8000 Mitglieder zusammenkommen und die KI nur durch aktives Mitwirken größer und stärker werden kann.

Auf die Meinungsäußerung, die Kommunisten müßten sich erst selbst alle umfassend zu allen Problemen des Marxismus-Leninismus bilden, ehe sie an die Öffentlichkeit treten, wies ich darauf hin, daß damit die Einflußnahme auf die Bevölkerung auf unbestimmte Zeit vertagt würde und die eigene Bildung parallel mit Bildungsveranstaltungen und allen anderen Aktivitäten gemäß den Arbeitsbereichen der KI nach außen stattfinden muß.

Am Ende gab ich noch die Kontaktdaten für neue Unterstützer bekannt, welche in der RG SO/S aktiv werden wollen. Wie viele das sind, weiß ich noch nicht genau, rechne aber mit mehreren.

Diese Veranstaltung bewies, daß großes Interesse an der KI wie auch ihrer Unterstützung besteht, aber ebenso ein viel zu geringer Bekanntheitsgrad und Mangel an Informationen, wodurch Desinformationen KI-feindlicher Kräfte ein fruchtbarer Boden bereitet wird. Dem können wir nur durch eine offensive Informationsstrategie begegnen, welche über das Internet und Druckerzeugnisse hinausgeht.

Der Wortlaut des Referats kann unter <http://www.felixed.de/MASCHI.pdf> nachgelesen werden.

Torsten

BERATUNG DER REGIONALGRUPPE BERLIN AM 27. 03. 2010

Im ersten Teil der Zusammenkunft referierte Gen. Michael Opperskalski (Redakteur des Magazin GEHEIM) über die Hintergründe der massiven Kriegsdrohungen gegen Iran und die Rolle der Medien und der imperialistischen Geheimdienste, auch (und besonders) des BND. Auf fundiertes und durch Dokumente beweisbares Sachwissen gestützt setzte er sich mit der Behauptung auseinander, dass der Iran durch ein eigenes Atomwaffenprogramm den gesamten Nahen Osten und insbes. Israel militärisch bedrohe. Er zog Vergleiche zur US-amerikanischen Lügenkampagne, mit der sie den Krieg gegen Irak auslöste und bis heute rechtfertigt. In diesem Zusammenhang setzte er sich mit der völlig wahrheitswidrigen Berichterstattung der Medien auseinander, denen selbst die meisten linken Medien partiell folgen. Auf konkrete Fakten gestützt gab er einen Überblick über die militärstrategische Vorbereitung der USA und Israels auf einen möglichen Militärschlag gegen den Iran, dessen politische Hintergründe er durch Darlegungen zur geopolitischen und geomilitärischen Lage des Iran erklärte, die wiederum durch die antiimperialistische Entwicklung des Iran seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts (über die er einen verknüpften Überblick gab) begründet ist. Der Referent bewertete die gegenwärtige innere Situation des Iran als eine sozialrevolutionäre Bewegung und gab einen sehr differenzierten Überblick über die in diesem Prozess miteinander und gegeneinander wirkenden Klassenkräfte. Er beleuchtete dabei insbes. die verräterische Rolle der Tudeh-Partei. Er verwies auf die Bedeutung der Kontakte des Iran zu den aktuellen sozialrevolutionären Prozessen in Lateinamerika, bes. zu Venezuela. Die sehr fundierten Aussagen des Referenten regten zu einer interessanten Diskussion an, in deren Mittelpunkt Fragen zur Sanktionspolitik der BRD/EU, zur Situation in der Tudeh-Partei, zur Rolle des Iran als möglicher Rohstofflieferant standen, die schließlich eine Bewertung der akuten Gefährdungslage zum Inhalt hatte.

Der zweite Teil der Zusammenkunft setzte sich sehr kritisch mit der Arbeit der ‚Mediengruppe‘ auseinander und stellte klare Forderungen hinsichtlich der Aktivierung dieser Arbeit. Dazu wurden erste Terminfestlegungen und Verantwortlichkeiten getroffen. Zugleich erarbeiteten wir einen Überblick über die Aktivitäten unserer Regionalgruppe zu zahlreichen Veranstaltungen bzw. Aktionen zum 1. Mai, zum Tag der Befreiung,

zu einer eigenen Informationsveranstaltung am 08. 04. zu Venezuela (Ladengalerie JW) und zu unserem Beitrag auf einer durch die KPD eingeladenen „Konferenz für Aktionseinheit“ am 15. 05. im ABACUS Tierpark Hotel Berlin. An unserer Versammlung nahmen 19 Genossen teil, darunter auch einige Gäste, die erstmalig Kontakt zur KI suchen und die in diesem Sinne auch aktiv in der insgesamt sehr optimistischen Diskussion mitwirkten.

Georg Dorn

EINLADUNG NACH DÜSSELDORF

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Interessentinnen und Interessenten,**

schon viel zu lange war in NRW politisch zu wenig los.

Doch seit der Kommunistischen Initiative, die sich der Einheit aller Marxisten-Leninisten verschrieben hat, gibt es für die Jugend und Kommunisten in NRW wieder Hoffnung. Wir wollen uns deshalb am Dienstag, den 06.04.2010 in der Landeshauptstadt Düsseldorf treffen, um darüber zu reden, welche Möglichkeiten und Zukunft diese Initiative in NRW hat. Ein weiteres Thema wird sein, wie wir allen eine marxistische Schulung zukommen lassen können und wie die Teilnehmer des Offen-siv Fernstudiums sich untereinander vernetzen können.

Treffpunkt: 06.04.2010, Brauerei Schuhmacher, Oststraße 123, 40210 Düsseldorf; Uhrzeit: 18:30 Uhr

Die Schuhmacher Brauerei ist sehr leicht zu erreichen. Vom Düsseldorfer Hbf ist es nur eine Station (Station Oststraße). (U75 – U 79 sind alle U-Bahnen möglich/ Richtung Heinrich-Heine-Allee). An der Oststraße angekommen folgt man der Oststraße Richtung Süd-Westen. Ein Genosse wird euch am Eingang empfangen.

Kontakt: phrako@gmx.de

Euer Willi Franke

VENEZUELA, LAND DER HOFFNUNG, 08.04.2010

**Eine Veranstaltung der KI-Berlin und der
Soldaritätsorganisation *Venezuela avanza***

Vortrag (Ingo Höhmann)

Film (Chavez - der Putsch)

Diskussion

Am 08.04.10 in der Ladengalerie der jungen Welt. (Berlin, Torstr. 6) Beginn: 19.30

Die KI-Berlin und Venezuela avanza sind mit Infoständen vertreten.

Kontakt: ki@ki-berlin.kommunistische-initiative.de



KI SÜDOST – TREFFEN AM 17. APRIL 2010

„Die Situation der kommunistischen Bewegung in Deutschland“

Zu diesem Thema spricht der „offen-siv“ Redakteur Michael Opperskalski – eine spannende Diskussion wird folgen, die sicher mit diesem Tage nicht endet.

Weiterhin werden wir den Startschuß zum Studium des „Manifest der Kommunistischen Partei“ (Marx/Engels) geben – angeregt von vielen jungen Genossen, die gemeinsam mit den erfahrenen Genossen das Wissen erweitern wollen und auch prüfen, wer denn nur über das Manifest redet ohne es zu kennen... (jeder bitte ein Exemplar mitbringen - wir werden gleich mit dem Studium beginnen!). Einige organisatorische Fragen werden wir auch noch besprechen müssen.

Zeit: 10:00 Uhr – ca. 15:00 Uhr
Ort: Jugendbibliothek Gera
Werner-Petzold-Straße 17

Detlef Krüger



AG BILDUNG: WESEN DER WARE

Im vergangenen KI-Newsletter kündigte die AG Bildung einen regelmäßig erscheinenden Beitrag zur politischen Bildung der LeserInnen an. Diese Aufgabe ist für die AG insofern eine Herausforderung, als daß die Vorkenntnisse bezogen auf die politisch-ökonomische Vorbildung bei der großen Anzahl der KI-Newsletter-Leserschaft vermutlich sehr unterschiedlich sind. Aus diesem Grund wurden die Texte inhaltlich derart abgefasst, daß sie ohne Hintergrundwissen zu verstehen und nachvollziehbar sind. Für diejenigen GenossenInnen, die bereits Vorkenntnisse z.B. durch das Selbststudium oder einem Fernstudium erworben haben, mögen die Beiträge zur Auffrischung ihres ökonomischen Verständnisses dienen.

Beginnen wollen wir mit der Ökonomie des Kapitalismus. Der Schlüssel zum Verständnis der Produktions- und Ausbeutungsbedingungen im Kapitalismus liegt in der Lehre von Karl Marx begründet. Obwohl Marx sein Hauptwerk „Das Kapital“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verfaßte, hat es – wie wir im weiteren Verlauf sehen werden – nichts an Aktualität und Bedeutung verloren. Ganz im Gegenteil: Mit der Zunahme der Widersprüche zwischen der besitzenden (der Bourgeoisie) und der besitzlosen Klasse (dem Proletariat) im Kapitalismus ist ein Verständnis der Marxschen Analyse und seiner logischen Konsequenz – der Aufbau einer kommunistischen Partei - umso dringender geboten.

Für das Verständnis der Marx'schen Forschungsergebnisse und der Erfassung der inneren Logik des „Kapitals“ ist es ratsam, sich kurz einige methodische Überlegungen zu vergegenwärtigen. Marx ist in seiner Untersuchung des Kapitalismus - im Gegensatz zu unserem weit verbreiteten Denken über politische, ökonomische und/oder gesellschaftliche Fragestellungen – nicht von den uns allgegenwärtigen Erscheinungsformen des Kapitalismus ausgegangen. Ausgangspunkt seiner systematischen Analyse der kapitalistischen Produktion war im 19. Jahrhundert nicht die Verelendung großer Teile der Bevölkerung, die geringe Lebenserwartung der arbeitenden Menschen, die Kinderarbeit oder die Macht des Industrie- oder Handelskapitals. Marx ist auch nicht von den unmenschlichen Arbeitsbedingungen oder von der Ausbeutung, als der vermeintlichen Ursache von Unterdrückung und Armut ausgegangen, sondern von der Ware als einem uns ständig im Lebensalltag begegnenden Gegenstand. Von der Untersuchung des Arbeitsproduktes „Ware“ gelangte Marx u.a. über die Warenzirkulation, der Formulierung des Kapitalkreislaufes, der Entstehung von Mehrwert, der Reproduktion des Kapitals, der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, dem tendenziellen Fall der Profitrate zu den an der Oberfläche konkret wahrnehmbaren Phänomenen (im 21. Jahrhundert: Kriege, Überproduktionskrisen, Korruption, Sozialabbau, etc.). Dieses Prinzip im methodischen Vorgehen beschreibt Marx selbst als das „Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten“. Die gedanklichen Schritte für „das Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten“ werden wir in den folgenden Ausgaben des KI-Newsletters nachvollziehen.

Die kleinste logische Einheit der kapitalistischen Produktionsweise ist - wie bereits erwähnt - die Ware und sie entspricht im Grunde genommen der Zelle im menschlichen Körper. Die Ware stellt die Elementarform des gesellschaftlichen Reichtums und sie ist als solche in unseren Leben allgegenwärtig und bestimmt vielfach in zwischenmenschlichen Kontakten unsere Kommunikation.

Eine Ware ist zunächst ein stofflicher Gegenstand, der durch menschliche Arbeit für den Austausch produziert wird. Ein Bäcker, der sein Brot selbst als Nahrungsquelle verwendet, stellt mit dem Brot noch keine Ware her. Das Brot wird zur Ware sobald es für einen Austauschprozeß auf dem Markt produziert wurde. Ein Anbieter kann nur dann auf den Austausch seiner Ware auf dem Markt hoffen, sofern diese eine Nützlichkeit für einen

potentiellen Nachfrager besitzt. Die Nützlichkeit eines gebackenen Brotes besteht für den Nachfrager eben darin, sein Hungergefühl zu stillen und mit beizutragen, sein Überleben sicherzustellen. Auch Bekleidung ist nützlich, schützt diese den Menschen im Winter vor der Kälte. Waren befriedigen allgemein Bedürfnisse des Menschen und verkörpern dadurch ihren spezifischen **Gebrauchswert**. Allerdings ist nicht jeder nützliche Gegenstand eine Ware, denn wildwachsendes Holz für die Erwärmung einer Wohnung wurde ohne menschliche Arbeit (abgesehen vom Auflesen und dem Transport) erschaffen. Allgemein wird der Gebrauchswert einer Ware durch **konkrete menschliche Arbeit** bestimmt. Die konkrete menschliche Arbeit des Bäckers besteht neben anderen Arbeitsschritten aus der Bereitstellung der Ausgangsstoffe und dem Rühren des Teiges. Des Schneiders konkrete Arbeit setzt sich u.a. aus dem Abmessen der stofflichen Einzelteile und dem Nähprozeß zusammen.

Neben dem Gebrauchswert besitzt die Ware einen Wert, der aus **abstrakter menschlicher Arbeit** hervorgeht. Hierunter versteht man die produktive Verausgabung von allen neurologischen und physiologischen Vorgängen im menschlichen Körper der Warenproduzenten. Ihren Ausdruck findet die abstrakte menschliche Arbeit in der gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeit: es ist der Zeitaufwand, der unter jeweils durchschnittlich technischem Niveau, Intensität der Arbeit und gesellschaftlichen Produktionsbedingungen zur Herstellung eines Produktes aufgewendet werden muss. Der Wert einer Ware liegt dem Austausch zugrunde und tritt als **Tauschwert** in Erscheinung.

Es ergibt sich nun die Frage, wie sich Waren auf dem Markt austauschen können. Die Gebrauchswerte unterschiedlicher Waren lassen sich quantitativ nicht vergleichen. Der Gebrauchswert einer Tasse, d.h. aus ihr trinken zu können, ist nicht mit dem Gebrauchswert eines Messers, d.h. mit ihm schneiden zu können, vergleichbar. Es fehlt ihnen die gemeinsame Bezugsgröße. Ein quantitativer Vergleich von verschiedenen Waren ist ausschließlich über den Tauschwert möglich, denn hier tauschen sich die Waren entsprechend der in ihnen verkörperten Wertgröße, der gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen (als abstrakte) Arbeit aus. Die Wertgröße ist keine konstante Einheit, sondern sie hängt u.a. von der sich entwickelnden Technik, von der Effizienz der Arbeit und/oder von sich neu entwickelnden Formen der Arbeitsorganisation ab. Allgemein gilt: je höher die Entwicklung der Produktivkräfte, desto kleiner ist die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeit zur Produktion einer speziellen Ware.

Marx bezeichnete den Umstand, daß eine Ware einen Gebrauchswert und einen Tauschwert besitzt, als Doppelcharakter der Ware. Diese Kategorien sind zwei entgegengesetzte Pole der Ware: Als Gebrauchswert interessiert uns nicht der Tauschwert und beim Tauschprozeß wird der Gebrauchswert einer Ware ausgeklammert. Dennoch sind beide Pole als dialektische Einheit miteinander eng verknüpft. Würde eine Ware lediglich einen Gebrauchswert und keinen Tauschwert verkörpern, wäre sie unverkäuflich und stellt keine Ware mehr dar. Ein Gegenstand ohne Gebrauchswert, also etwas Unbrauchbares, wird auf dem Markt keine Möglichkeit haben, als Ware ausgetauscht zu werden.

In den vorausgegangenen Abschnitten haben wir das Wesen der Ware mit ihren Doppelcharakter kennen gelernt. Zur Vertiefung der Analyse des Warencharakters im Kapitalismus verweisen wir auf die Primärliteratur bei Marx, Das Kapital, Band I, S. 49 – 61. In der nächsten Ausgabe des KI-Newsletter werden wir uns mit der Frage beschäftigen, wie die Ware ihren Wert ausdrücken kann.

Für Anregungen und Kommentare zum vorliegenden Text und/oder einer zukünftigen Mitarbeit Deinerseits ist die AG Bildung der KI unter Bildung@Kommunistische-Initiative.de erreichbar.

Norbert (AG Bildung)

DRITTER DURCHGANG DES MARXISTISCH-LENINISTISCHEN FERNSTUDIUMS HAT ERFOLGREICH BEGONNEN



Ende Februar fand in Hannover das Startseminar des inzwischen dritten Durchgangs des marxistisch-leninistischen Fernstudiums der Zeitschrift „offen-siv“ statt. Es wurde aus unterschiedlichen Gründen zu einem vollen Erfolg. Etwa 40 Teilnehmer aus fast allen Regionen der Bundesrepublik absolvierten ein anstrengendes Programm und entwickelten bereits beim Abschlußplenum am Sonntag konkrete Verbesserungsvorschläge. Der neue Durchgang des Fernstudiums zeigt jedoch schon Veränderungen, die auf Initiativen der Fernstudenten und Fernstudentinnen basieren. Mit diesen

Weiterentwicklungen wurden zugleich die ersten Schritte gegangen, um das Fernstudiums mittelfristig regionalisieren zu können; dies ist notwendig, um noch mehr Interessierte in das Studienprogramm einbeziehen zu können.

Diesmal beteiligten sich Teamer aus den Reihen des abgeschlossenen zweiten Fernstudiumsdurchgangs am Lernprogramm und werden regional strukturierten Lerngruppen zur Seite stehen, die in der Periode zwischen den Seminaren das zu Lernende kollektiv erarbeiten helfen sollen.

Das nächste, diesmal damit erste Zwischenseminar des Fernstudiums wird am ersten Wochenende im Juli wieder in Hannover stattfinden.

Wer Interesse an dem Programm des marxistisch-leninistischen Fernstudiums der Zeitschrift „offen-siv“ hat, vielleicht sogar noch ganz schnell einsteigen will, der melde sich bitte bei der „offen-siv“-Redaktion, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover, Tel & Fax: 0511-5294782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.com.

MANIFESTGRUPPE MIT ERSTEM ARBEITSTREFFEN

Bei einem Arbeitstreffen der Gruppe, die am zentralen KI-Dokument arbeitet, wurde am 27. März die Vorgabe, bis zur nächsten Perspektiv-Konferenz eine Diskussionsgrundlage zu erstellen, bekräftigt. Spätestens also im Herbst ist eine Diskussionsgrundlage vorzulegen - etwas vorläufig Abschließendes, zugleich nichts Endgültiges; also ein Grundlagenpapier - der Entwicklung der aktuellen Phase der KI angepasst und Basis eines späteren Programms.

Die Zielstellung des künftigen "Manifest" ist, zuerst kommunistisch Orientierte anzusprechen. Dabei sind die äußeren Aufgaben derzeit so groß, dass wir mit einer Vorlage an die Öffentlichkeit gehen müssen. Der Faktor Zeit spielt eine große Rolle.

Zugleich wurde festgestellt, dass der Titel "Manifest" teilweise Verwirrung stiftet. Hier ist mglw. über einen anderen Titel nochmals nachzudenken.

Der Diskussionsstand ist derzeit auch noch zu uneinheitlich. So wurde festgestellt: "Es liegen Interessen vor, aber es fehlt an Verantwortlichkeiten."

Inhaltlich ist die Erarbeitung über die erste Gliederung hinaus bei der Diskussion über Einzelschwerpunkte. Zukünftig soll derart diskutiert werden, dass nicht nur angeregt, sondern sofort formuliert wird. Wichtiges Augenmerk liegt auf der historischen Rolle der sozialistischen Staaten; hier ist derart zu arbeiten, dass Vertrauen geschaffen wird - dafür, was schon da war.

Weiterhin wurden technologische Verbesserungen ins Auge gefasst.

Dies als Einblick in die Manifestarbeit. Wir laden alle KI-Unterstützer ein, sich an diesem KI-Grundlagenpapier in unserer Gruppe zu beteiligen. Wer sich bei uns meldet, erhält alle notwendigen Unterlagen zugesandt.

Kontakt: Thomas.Arne@web.de

BERICHTE AN DIE KI: kontakt@kommunistische-initiative.de

WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE!

DEMONSTRATION IN ESSEN 20.3.2010

Aus dem Bündnis-Newsletter vom 20.03.2010

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Freundinnen, liebe Freunde,
Ihr wart klasse und Ihr wart viele! Vielen Dank für Eure vielfältigen Initiativen und Eure Teilnahme an der heutigen Demonstration!

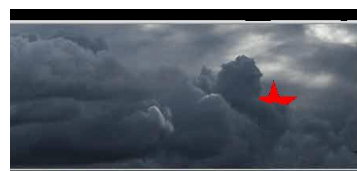
Niemanden wird es wundern, daß die Demo von der bürgerlichen Medien totgeschwiegen oder kleingeredet wird. Wir haben selbst gezählt und sind auf 6.500 Menschen gekommen, die sich an unserer Demonstration beteiligt haben. Das ist ein großartiger Erfolg, vor allem gemessen daran, daß wir das alles mit Basisinitiativen und völlig ehrenamtlich auf die Beine gestellt haben! [...] Wir alle sind uns wahrscheinlich einig: Das war ein wirkungsvoller Auftakt zu weiteren Aktionen. Unser Motto "Wir zahlen nicht für Eure Krise - Zwingen wir die Profiteure zur Kasse" ist noch Forderung und nicht Realität. Ganz sicher aber gehen wir gestärkt in die nächsten Kämpfe und werden unseren langen Atem und die Erfahrung des gemeinsamen Auftretens bewahren. Wie es in NRW weitergehen kann, wollen wir beraten auf einem nächsten Bündnistreffen am Mittwoch, dem 14.4.2010 um 18:30, in Düsseldorf im ZAKK, Fichtenstraße 40



dieses und mehr Fotos:

cubafreundschaft.de/PhotogalerieSozialdemo

Solidarische Grüße
Artur Aschmoneit



“DIE LINKE” BLEIBT LINKS?

“DIE LINKE BLEIBT LINKS” JW 20./21.03.2010, S.3

Zum o.g. Artikel sandte unsere Genossin Petra folgenden Leserbrief an die JW, der aber wegen zu großer Länge nicht abgedruckt wurde. Eine sonst übliche Kürzung erfolgte nicht.

Schon in der Überschrift ist die Unwahrheit verankert. Schade, daß die Junge Welt solche Artikel von einem Mitglied des Bundesvorstandes der Partei “Die Linke”, Thies Gleiss, kommentarlos druckt. Stattdessen druckt sie in Auszügen Kommentare der bürgerlichen Medien wie die WAZ und Spiegel-online. Überhaupt fällt mir auf, daß die JW viel zu oft “Die Linke” – freundlich bleibt. [...]

Die Überschrift zum Programmwurf impliziert, daß “Die Linke” bisher links war und es auch bleibt. FALSCH! Diese Partei hat sich an die Marktwirtschaft längst angepaßt. Sie hat längst, das schrieb ich schon an anderer Stelle, sozialdemokratische Positionen eingenommen. Auch aus diesem Programmwurf geht nicht hervor, daß sie die Marktwirtschaft überwinden und durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung ersetzen will.

- *“Strukturbestimmende Großbetriebe der Wirtschaft wollen wir in demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen überführen und kapitalistisches Eigentum überwinden.”*

Das ist ganz und gar nichts Neues in der Marktwirtschaft. Energie, Bahn, Post, Telekommunikation waren staatlich, auch unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, wurden erst nach und nach in den letzten Jahren privatisiert. [...] Nichts steht geschrieben von der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse! “[...]“

- *“Enteignung und Entmachtung der Herrschenden ist wahrscheinlich nur selten ein Akt der Regierung. Sie wird Ergebnis eines Kampfes der Nicht-Herrschenden um Wiederaneignung sein”*

Die Verstaatlichung der genannten strukturbestimmender Unternehmen könnte durch die Regierung selbst erfolgen? – es kann auch sein, daß dazu der Protest der Bevölkerung eingesetzt werden muß? So ein Schwachsinn. Geht doch die Entwicklung des Imperialismus immer mehr in Richtung internationaler Konzerne, internationaler Banken, deren Verwirklichung selbst die Privatisierung voraussetzt. Das Bündeln der Macht nicht nur auf nationaler, sondern auf internationaler Ebene in immer weniger Hände. Und was,

bitteschön, versteht man unter “demokratischen gesellschaftlichen Eigentumsformen”? Ganz nach dem Motto: nicht mit dem Grundgesetz kollidieren, “demokratisch” bezeichnet sich dieser höchst undemokratische Staat BRD selbst, um die eigene Bevölkerung irrezuführen. Das Schreckgespenst “Diktatur des Proletariats” wird immernoch erfolgreich abschreckend genug dargestellt.

- *“Die Partei Die Linke ist... Ergebnis der realen Klassenkämpfe – von Kampf gegen den Faschismus, der Friedensbewegung, des Aufbruchs von 1968, der Frauenbewegung bis zur Umweltbewegung und den Protesten gegen HartzIV von heute.”*

Nein! Die Partei “Die Linke” ist Ergebnis konterrevolutionärer Prozesse innerhalb und außerhalb dieser Partei noch als “SED”. Worauf beruft sich “Die Linke” hier? Weiter oben wird lediglich ein “Sozialismusversuch” konstatiert. Wo bleibt die Absicht, auf den Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der DDR aufzubauen, dort anzusetzen, um den Prozeß fortzuführen? [...] Marktwirtschaft ist niemals sozial, wird sie niemals sein. Soziale Errungenschaften waren einzig möglich durch die Existenz der sozialistischen Länder. Wir erleben gerade, wie sie massiv abgebaut werden, eben weil es keine sozialistischen Länder mehr in Europa gibt, eben weil es die Gesetze der Marktwirtschaft so und nicht anders diktieren.

- *“Die Linke wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt. (...) die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zuläßt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt.”*

Diese Aussage ist eine Lüge, ein Hohn, nichts sonst. Die Partei “Die Linke” beteiligt sich gerade an dieser Regierung auf verschiedenen Länderebenen. Die Partei “Die Linke” strebt es an, ihre Beteiligung auf Länderebene auszubauen und eine Beteiligung auf Bundesebene zu erlangen. [...]

[...] Nichts war und ist an dieser Partei links, seit sie die Zerschlagung der DDR entscheidend mit zu verantworten hat. Sie hat sich auch mit diesem Programmwurf nicht einen Millimeter nach links bewegt.

ganzer Artikel hier: www.kommitter.de

OSTDEUTSCHLAND: RENTEN UNTER GRUNDSICHERUNG Die faulen Früchte der "blühenden Landschaften"

debatte.info

" ... zur Förderung des Verständnisses gesellschaftlicher Prozesse" www.debatte.info

Reinhold Schramm

Die ostdeutsche Annexion hat sich (nicht nur) fürs westdeutsche Kapital ökonomisch gelohnt. Auch für Frau Angela Merkel (monatlich mehr als 20.000 Euro), Frau Vera Lengsfeld und Frau Marianne Birthler. Auch für die Herrn Wolfgang Thierse, Stephan Hilsberg und Joachim Gauck.

Für die ostdeutsche Bevölkerungsmehrheit hat sich die Annexion nicht gelohnt. Nicht bei der territorialen Enteignung von mehr als 40.000 Quadratkilometer (neue gesamtdeutsche Grundeigentümer) bzw. mehr als 4.000 Milliarden Euro (Einverleibungs-Kosten-Verrechnung: mehr als 2.200 Mrd. Euro Plus), und auch nicht bei den künftigen Rentenansprüchen der heute 38- bis 48-Jährigen im Osten der heutigen gesamt-kapital-deutschen Republik.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat berechnet, die heute 38- bis 48-Jährigen werden (voraussichtlich) rund 600 Euro Rente erhalten, weniger als "Hartz IV" bzw. weniger als die (noch) gesetzliche Grundsicherung.

Für einen Großteil der Menschen in Ostdeutschland (einschließlich Berlin-West), die ab Ende der 2020er Jahre aus dem Erwerbsleben ausscheiden, werde die gesetzliche Rente unter der Grundsicherung von 600 Euro liegen. In Gesamtdeutschland wird es vor allem für gering qualifizierte Menschen mit häufiger Arbeitslosigkeit schwieriger, das Rentenniveau zu halten.

Westdeutsche Männer können mit einer Rentenhöhe von rund 1100 Euro rechnen. Frauen der Jahrgänge 1967 bis 1971 werden vermutlich fast 600 Euro erhalten (Unterbezahlung, Unterbewertung und Ausfallzeiten). Hauptgrund für Ostdeutschland sei die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Kombination mit der (staatlich-gesetzlichen) Absenkung des Rentenniveaus (auch für die Sanierung der Gewinne und Profite). Die DIW-Forscher empfehlen unter anderem als Gegenstrategie, die Lebensarbeitszeit (weiter) zu verlängern (Rente mit 70 bzw. 74 -?-).

"Die Entwicklung in Ostdeutschland ist dagegen zum Teil dramatisch", sagte Viktor Steiner, der die DIW-Studie leitete. "Bei den jüngeren von uns untersuchten Jahrgängen in Ostdeutschland wird der durchschnittliche Rentenzahlbetrag unter das durchschnittliche Niveau der Grundsicherung fallen." [...] debatte.info: Renten

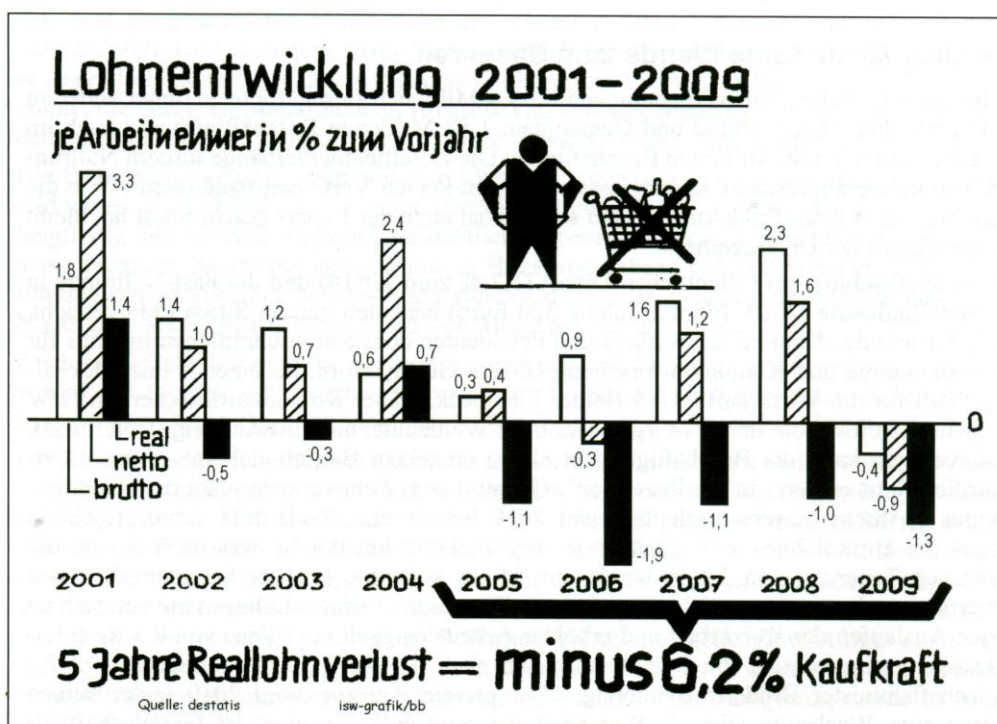
LOHNENTWICKLUNG

aus: ISW-WIRTSCHAFTSINFO NR. 43 / APRIL 2010 (S. 13)

Reallohnverluste ohne Ende

Nach ersten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des Statistischen Bundesamtes (Destatis) sind die durchschnittlichen Bruttoverdienste je Arbeitnehmer im Jahr 2009 um 0,4 % auf 27.648 Euro gesunken. "Dies ist der erste Rückgang der Verdienste in der Geschichte der Bundesrepublik", schreibt Destatis (PresseM., 3.3.2010).

Die Nettolöhne je Beschäftigten verminderten sich im vergangenen Jahr um 0,9 %, berücksichtigt man die gestiegenen Lebenshaltungskosten von + 0,4 %, dann ergibt sich daraus ein Reallohnverlust von 1,3 %, d.h. im Durchschnitt hat jeder Arbeitnehmer eine Kaufkrafteinbuße von 1,3 % hinnehmen müssen. Das bedeutet Reallohnverluste fünf Jahre in Folge. Seit 2005 verringerten sich Jahr für Jahr die Netto-Reallöhne – auch in den Aufschwungjahren. Insgesamt entstand dadurch in den Portemonnaies ein Loch von 6,4 % Kaufkraftverlust, mit der Folge verringerter Nachfrage der einzelnen Arbeitnehmerhaushalte.



"Am 9. November 1989 haben wir mit der Maueröffnung auch die Abrissbirne gegen den Sozialstaat in Stellung gebracht. Hartz V bis VIII werden demnächst folgen. Es ist ein Klassenkampf, und es ist gut so, dass der Gegner auf der anderen Seite kaum noch wahrzunehmen ist."

Der ehemalige Arbeitgeberboss Rogowski im Jahr 2004
(Protokolle des 18. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB 2006 in Berlin)
nach: http://felixed.de/KI_Dresden_Diskussion1.pdf

GEMEINSAME ERKLÄRUNG KOMMUNISTISCHER UND ARBEITERPARTEIEN DER EU-LÄNDER*

Der EU-Gipfel der Staatschefs der EU-Mitgliedsländer vom 11. Februar 2010 signalisiert einen neuen scharfen Angriff gegen die Arbeiterklasse und die Völker Europas. Die Beschlüsse dieses Gipfels intensivieren in Übereinstimmung mit der „Strategie der EU 2020“, welche die Lissabon-Strategie fördert und vertieft, die volksfeindliche Politik der Europäischen Union (EU) und der bürgerlichen Regierungen in Gestalt von harten Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse und die Völker.

Die Strategie der EU für einen Ausweg aus der Krise beruht auf die Durchsetzung von radikalen Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen, auf die Erhöhung des Renteneintrittsalters und auf drastische Kürzungen bei den Löhnen, den Renten und den sozialen Leistungen in ihrer Gesamtheit. Dieser Angriff trägt den Stempel der liberalen und sozialdemokratischen Kräfte, die die Strategie des Kapitals in Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (EU) unterstützen.

Das öffentliche Defizit, die Staatsverschuldung und die Überwachung der Volkswirtschaften verschiedener Mitgliedsstaaten wie im Fall von Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und weiteren Ländern wird zur ideologischen Einschüchterung der Arbeiter aus ganz Europa benutzt. Die transnationalen Konzerne und die Banken haben enorme Profite aus der Ausbeutung der Arbeiter und den staatlichen Subventionen und Steuerbefreiungen gezogen, sowohl bevor als auch während der Krise.

Gegenwärtig konkurrieren sie um den größten Anteil an den neuen Leihen. Einmal mehrbürden sie die Lasten den Arbeitern, den Armen und den kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetrieben sowie den selbstständig Arbeitenden mittels Panikmache und Einschüchterungskampagnen auf.

Der Widerstandsgeist unter den europäischen Arbeitern nimmt zu. Sie sind nicht bereit, die Kosten der Krise zu übernehmen, weil sie nicht im Geringsten verantwortlich für die Krise sind.

In Griechenland, Portugal und den anderen Ländern organisieren die Arbeiter, die Beamten und kleinen und mittleren Bauern öffentliche Protestkundgebungen und treten in Streik gegen die angenommenen harten Kürzungsmaßnahmen.

Die unterzeichnenden Kommunistischen und Arbeiterparteien spielen eine tragende Rolle in dieser Bewegung und stehen an der Spitze des Klassenkampfes.

Wir Kommunistischen und Arbeiterparteien rufen die Arbeiterklasse und die Völker jeden Landes dazu auf, sich zu ihrem Gegenangriff zu organisieren und die Parteien zu verurteilen, die die volksfeindliche Offensive der Europäischen Union (EU) unterstützen, so dass sich die Reihen der klassenbewussten

Gewerkschaftsbewegung verstärken, so dass die Sozialpartnerschaft zurückgewiesen wird und eine starke Antwort auf den Angriff gegen die Klassen der Volksmassen erfolgt, welche vor Ort fordern: feste Beschäftigung mit vollen Rechten für alle, wesentliche Erhöhung der Löhne, Abschaffung aller anti-sozialen und gegen die Arbeiter gerichteten Gesetze, Senkung des Renteneintrittsalters und eine ausschließlich kostenlose Bildung, Gesundheitsfürsorge und soziale Dienstleistung. Die Arbeiter können ohne die Kapitalisten besser leben. Sie sind diejenige, die den Reichtum produzieren. Und deshalb müssen sie ihn genießen dürfen.

Die Kommunistischen und Arbeiterparteien:

Workers' Party of Belgium ;Communist Party of Britain ;New Communist Party of Britain ;Communist Party of Bulgaria ;Party of the Bulgarian Communists ;AKEL, Cyprus ;Communist Party in Denmark ;Communist

Party of Estonia ;Communist Party of Finland ;Communist Party of Greece ;Hungarian Communist Workers' Party ;Communist Party of Ireland ;Workers' Party of Ireland ;Party of the Italian Communists, Italy ;Socialist Party of Latvia ;Socialist Party of Lithuania ;Communist Party of Luxembourg ;Communist Party of Malta ;New Communist Party of the Netherlands ;Communist Party of Poland ;Communist Party of Romania ;Communist Party of Slovakia ;Communist Party of Peoples of Spain ;Communist Party of Sweden;

As Norway is an associated member of the EU, Communist Party of Norway also endorses the statement.

Other Parties: Pole de Renaissance Communiste en France

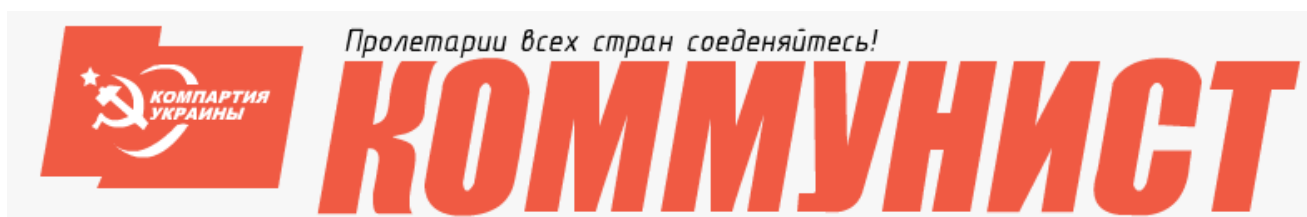
*** Aus der BRD hat NIEMAND unterzeichnet!**

Quelle: www.kke.gr



BÜRGERLICHE DEMOKRATIE – EINE FORM DER DIKTATUR DES GROSSEN KAPITALS

Von Peter Simonenko, Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine



Zum Anfang zwei Tatsachen aus frischen Meldungen von Informationsagenturen.

Fakt Nummer 1: Die EU hat mit einem Gefühl tiefer Befriedigung festgestellt, daß die Ukraine sicher auf dem Wege der Demokratie fortschreitet: Die Präsidentschaftswahlen hier hätten gemäß den in der westlichen Welt geltenden Standards stattgefunden, grobe Verstöße gegen die Redefreiheit wurde in der letzten Zeit nicht entdeckt.

Fakt Nummer 2: Dnjeprodserzhinsk wurde ohne Benachrichtigung die Wasserversorgung eingestellt. Einige Tage lang gingen Kinder nicht zur Schule, in Krankenhäusern konnten keine geplanten Operationen durchgeführt werden. Die Einwohner der 300-Tausend-Stadt werden noch lange sich vom erlebten Schock erholen müssen.

Der Grund für die Einstellung der Wasserversorgung ist banal: Hoch angelaufene Schulden bei dem Wasser- und Energieversorger Olibenergo, dessen Besitzer den Bürgern sagten: Zuerst Geld, dann Wasser!

Aber was haben nun diese zwei Fakten miteinander zu tun? Was haben sie gemeinsam? Warum stelle ich sie in dieselbe Reihe?

Weil zusammen genommen zeigen sie ausdrücklich eines: die bürgerliche Demokratie in der Ukraine stellt eine Form von Kapital-Herrschaft dar, die es erlaubt, den Arbeitenden ihren Willen aufzubinden und am Leiden des Volkes zu profitieren. Und nicht nur in der Ukraine. So wird es in der ganzen Welt bleiben, solange der ausbeuterische Aufbau besteht.

Der kapitalistische Staat, egal, welches Führungssystem darin existiert, stellt eine Klassendiktatur der Bourgeoisie dar (in den ukrainischen Verhältnissen nicht einmal der gesamten Bourgeoisie, sondern lediglich ihrer Spitze – der sogenannten Oligarchen).

Er kann einfach nicht anders sein, weil die Interessen dieser Klasse denen der Arbeitenden zuwider laufen: diese werden niemals freiwillig zulassen, daß sie wegen jemandes Profits zum Beispiel ohne Wasser gelassen werden wie in Dnjeprodserzhinsk.

Daher können die Ausbeuter ihre Herrschaft nur auf zwei Weisen sichern: Durch Macht in Verbindung mit Betrug oder durch Betrug in Verbindung mit Macht.

Im ersten Fall haben wir dann mit einer direkten politischen Diktatur (A. Hitler in Deutschland, B. Mussolini in Italien, F. Franco in Spanien, A. Pinochet in Chile, „Schwarze Obristen“ in Griechenland usw.)

Im zweiten Fall – mit Demokratie, wie sie heute in Ländern des Westens besteht, und in einer verkehrten Karikatur-Form auch in der Ukraine (egal, was man dort in der EU redet). Das ist nicht die Macht des Volkes, nicht Eure Macht, Genossen!

Wäre es anders, so hätten sich die Besitzer des Dnjeprodserzhinsker Oblenergo sich niemals dafür entschlossen, die ganze Stadt ohne Wasser zu legen, auf Moral, Gewissen, Mitleid zum anderen spuckend. Und ihre Mitkameraden-Oligarchen, die nur einen winzigen Anteil der Bevölkerung der Ukraine ausmachen, hätten es nicht gewagt, Menschenjagd in ihrem Landgut zu veranstalten, ihnen Arbeit zu entziehen, Gehalt, Grundstücke, Wärme, medizinische Behandlung und Ausbildung für ihre Kinder.

Wie denn dem grössten Kapital gelingt, seine Diktatur in den Verhältnissen politischer Demokratie zu sichern, während die Gewalt von allen Bürgern gewählt wird? Was veranlasst die Bedrückten, ihren Bedrückern die Stimme zu geben?

- Erstens benutzen die Oligarchen zur Erhaltung ihrer Herrschaft ihre enormen finanziellen Ressourcen, die unvergleichbar sind mit denen, über die ihre politischen Gegner – Anhänger des Sozialismus – verfügen.
- Zweitens hat das große Kapital das Fernsehen monopolisiert. Politische Bearbeitung des Volkes durch Masseninformationsmittel ist heute zu einer der wirksamsten (und brutalsten) Formen der Vergewaltigung der Persönlichkeit geworden. Sie ist so effektiv, daß andere Formen von Gewalt für eine bestimmte Zeit einfach nicht nötig sind, während die Bourgeoisie Möglichkeiten bekommt, auch weiter über ihre Demokratie zu quatschen.
- Drittens ist im Arsenal des oligarchischen Regimes Jahrhunderte lang erprobtes Werkzeug zur Machterhaltung drin, wie das Zwei-Partei-System. Es wird den Bürgern angeboten, eine der beiden oligarchischen Gruppierungen „frei“ zu wählen, bei denen sich selbst mit einem elektronischen Mikroskop keine Unterschiede werden feststellen lassen. Die sonstigen politischen Kräfte werden für „nicht gangbar“ erklärt. Na nun mögen mal diejenigen, die die Diktatur des großen Kapitals stürzen wollen, versuchen, unter solchen Verhältnissen bei den Wahlen zu gewinnen!
- Viertens geben die durch den Bourgeoisie-Staat aufgestellten Spielregeln den Oligarchen einen „Versicherungsschein“ für den Fall, daß ihre politischen Gegner dennoch einmal siegreich werden sollten. Es handelt sich ums Prinzip der Aufteilung der Macht, welches nahezu zur Hauptgrundlage der Demokratie erklärt wurde. Dem zufolge kontrollieren einige Arten von Gewalt – exekutive Gewalt, Gesetzgebung und Gerichtswesen – sich gegenseitig. Um es genauer zum Ausdruck zu bringen, sie passen stets wachsam aufeinander auf, ihre Möglichkeiten in der Ausführung der eigenen Funktionen sowie Befugnisse gegenseitig einschränkend. Ein solch verwickelter Klumpen heißt „System von Gegengewichten“, welches die Gesellschaft angeblich vor Usurpation der Gewalt durch einen ihrer Zweige beschützt. Anscheinend alles logisch... Aber wollen wir uns doch mal selbst fragen: Was passiert, wenn Sie einen Präsidenten wählen, der für Sozialismus auftritt? Die Antwort ist doch offensichtlich: Das Bourgeoisie-Parlament wird ihn auf allerlei Weise stören, sein Programm zu erfüllen. Wenn die meisten Abgeordneten gegen den Kapitalismus eingestellt sein werden, dann wird bereits das Landesoberhaupt zum Hindernis. Doch wenn die Linken es schaffen, gleichzeitig bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen zu gewinnen, dann wird das Gerichtswesen noch im Vorrat bleiben, welches in seiner Natur schon zum Schutz der geltenden Gesetzgebung da ist. Und daher auch zum Schutz der existierenden gesellschaftlichen Einrichtung.
- Fünftens wird das große Kapital immer bereit sein, zu einer direkten offenen politischen Diktatur zu wechseln in dem Falle, wenn alle Mechanismen des Selbstschutzes einmal fehlschlagen werden. Historische Erfahrung belehrt uns: Ausbeuter hören auf, Demokratie zu spielen, in der Regel in dem Augenblick, wenn eine reale Drohung für ihre Herrschaft entsteht.

Das oben Gesagte bedeutet keineswegs, daß oligarchisches Regime auf friedliche Weise nicht von der Macht weggeräumt werden kann. Mehr als das, unter den Bedingungen der jetzigen wirtschaftlichen Krise steigt eine solche Möglichkeit sogar. Allzu deutlich zeigt der kapitalistische Aufbau seine schrille Unfähigkeit, jene Probleme zu bewältigen, die er selbst ausgelöst hat.

Aber die Wahlen gewinnen und, was noch schwerer ist, an der Macht bleiben, ohne mit den eigenen Programmprinzipien zurückzutreten, können Sozialismusanhänger (es sind die meisten Bürger der Ukraine) nur, wenn vier obligatorische Bedingungen eingehalten werden. Und dies hängt von Ihnen ab, Genossen!

1. Bedingung – Sie sollten aufhören, Ausbeutern und deren Vertretern in der Politik zu vertrauen, die sie bereits mehrmals betrogen haben. Es wird Zeit zu verstehen: Durch ihre Verordnungen und bescheidenen Gaben wird für Arbeitende ein Weg in die Hölle verlegt.

2. Bedingung – Es ist notwendig, die eigene Kraft zu erkennen und wahrzunehmen. Bedrückte sind unvergleichbar in Mehrheit als Bedrücker. Aus Ihren Söhnen, Brüdern und Ehemännern wird die Armee und die Miliz gebildet, die niemals den Arm gegen das eigene Volk erheben werden. Hinter Ihnen steht die Wahrheit, und sie ist immer stärker als jede Lüge!

3. Bedingung – Arbeitende sollten sich vereinen. Ein Arbeiter hat nichts zu teilen mit einem Bauer, mittelständischen Unternehmer – mit einem Intelligennten, Rentner – mit Studenten. Wir haben gemeinsame Ziele, eine gemeinsame Zukunft und einen gemeinsamen Feind.

4. Bedingung – Es ist notwendig, insofern es möglich ist, seine Vertreter in der Politik zu unterstützen, die für Sozialismus auftreten. Und nicht nur neben den Wahlurnen, sondern auch vor und nach den Wahlen. Dann werden die Oligarchen nicht nur über Manipulationen mit dem öffentlichen Bewußtsein und Organisation von Sabotagen im Falle ihrer Niederlage denken müssen, sondern auch daran, wie sie sich bequem vor fliegenden Steinen zu beschützen haben, die gerade in dem Augenblick auf sie fliegen werden, wenn das Volk einen geringsten Verdacht haben wird, daß sie versuchen, jemand zu manipulieren und etwas zu sabotieren. Und wenn diese Bedingungen erfüllt sein werden, dann wird sehr bald der Tag kommen, an dem wir gemeinsam einen Staat errichten werden, in dem die Mehrheit auf einem demokratischen Wege ihren Willen an die nichtige Minderheit erklären wird, und nicht umgekehrt wie heute. Das ist die wahre Volkesherrschaft, bei der Geschehnisse gleich wie in Dnjeprodserzhinsk unmöglich sind.

Petr Simonenko

Quelle/Original:

Газета коммунист: [Буржуазная демократия – форма диктатуры крупного капитала](#) (26.3.2010)

Übersetzung: kommunisten.ch (Vladimir Maznyak)

AUFRUF AN ANTIKRIEGS-ORGANISATIONEN UND AKTIVISTEN, SICH DEN ZUNEHMENDEN DROHUNGEN GEGEN IRAN ENTGEGEN- ZUSTELLEN

(CASMII)

Mar 9, 2010

Auf der ganzen Welt bereiten sich Antikriegsaktivisten vor, im Frühjahr gegen die US-geführten Kriege in Irak und Afghanistan zu protestieren. Unterdessen führt eine Reihe von Entwicklungen zu einer drastischen Verschärfung der Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Islamischen Republik Iran. Aus diesem Anlass ruft CASMII (*Campaign Against Sanctions and Military Intervention in Iran*) die Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und anderen Ländern auf, die Forderung „**Kein Krieg, keine Sanktionen, keine Einmischung in Iran!**“ zu stellen. [...]



Die jüngsten Entwicklungen:

- Die USA haben die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gedrängt, eine vierte und schärfere Runde von Sanktionen gegen Iran anzuordnen. Der einzige echte Gegner von Sanktionen war die Volksrepublik China, welche im Januar die sich rotierende Ratspräsidentschaft inne hatte. Jedoch ging die Präsidentschaft zum 1. Februar an Frankreich über, welches dem iranischen Nuklearprogramm fast genauso feindselig begegnet wie die USA (Frankreichs eigener Energiebedarf beruht nebenbei bemerkt zu 80% auf Atomkraft). Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, China und Russland eingeschlossen, waren nie

eine echte Blockade für die USA. Ungeachtet der durch den Sicherheitsrat bereits gebilligten drei Sanktionsrunden gegen Iran spricht die Obama-Administration nun von einer Umgehung („bypassing“) der UNO in der Sanktionsfrage. Während man oft damit wirbt, dass Sanktionen eine Alternative zu Krieg seien, ist mittlerweile bekannt, dass die Sanktionen, die die UNO während des ersten Golfkrieges gegen den Irak verhängte, zum Tod von bis zu 1,5 Millionen Irakern – ein Drittel davon Kinder – führten. [...]

- Währenddessen werden die Drohungen neuer Sanktionen von einer steigenden Militärpräsenz in der Golfregion begleitet. Am 31. Januar berichtete das Wall Street Journal, dass in den vergangenen Monaten die USA und ihre Alliierten ihre militärischen Sicherheitsmaßnahmen drastisch erhöht haben „als Antwort auf iranische Rakentests und Teherans andauernde Herausforderung der internationalen Bemühungen, das iranische Nuklearprogramm einzudämmen.“ Die erfolgten Maßnahmen beinhalteten „Aufrüstung, die Beschaffung von US-hergestellten Patriot Raketenabwehr-Systemen und die Ergänzung um fortschrittliche Radaranlagen für Luft- und Raketenabwehr.“ Das Blatt meldete, dass obwohl „die Aufrüstung schon seit Jahren anläuft [...], der Anstieg dieser Bewegungen in die Zeit fällt, in der die Obama-Administration ihre Rhetorik gegen Teheran verschärft hat.“
- Gemäß einem Bericht von Reuters vom 1. Februar „haben die Vereinigten Staaten land- und seegestützte Raketenabwehrsysteme im ganzen Golf ausgedehnt, um der steigenden Raketengefahr Irans entgegenzutreten. [...] Der Vorsitzende des US-Generalstabs, Admiral Mike Mullen, sagte letzten Monat, dass das Pentagon militärische Optionen bereithalten müsse für den Fall, dass Obama diese abberufe.“ [...]

„Keine äußere Einmischung in Irans interne Angelegenheiten! Selbstbestimmung für das iranische Volk!“ [...]

<http://www.campaigniran.org/casmii/index.php>

EN DEFENSA DE CUBA AUFRUF ZUR VERTEIDIGUNG KUBAS



Initiative des Netzwerkes zur Verteidigung der Menschheit, das die Einmischung des europäischen Parlaments in die inneren Angelegenheiten Kubas verurteilt.

Hinsichtlich der Resolution des Europäischen Parlaments vom 11. März zu Kuba, erklären wir, Intellektuelle, Akademiker, soziale Kämpfer, kritische Denker und Künstler des Netzwerkes zur Verteidigung der Menschheit:

1. Dass wir die Sensibilität der europäischen Parlamentarier in Bezug auf die politischen Gefangenen teilen. Genauso wie sie, sprechen wir uns für die sofortige und bedingungslose Freilassung von allen politischen Gefangenen in allen Ländern der Welt, auch die in der Europäischen Union, auf.
 2. Dass wir, wie sie, den Tod des gewöhnlichen Gefangenen Orlando Zapata sehr bedauern, aber wir gestatten nicht, dass sein Tod, der erste „... in fast vierzig Jahren“, wie das Parlament selbst sagt, aus politischen Gründen verdreht wird; Gründe, die völlig anders gelagert und gegen die Ziele der Verteidigung der Menschenrechte gerichtet sind.
 3. Dass „... die europäischen Institutionen zu drängen, ihre bedingungslose Unterstützung zu geben und ohne Einwände den Beginn eines friedlichen Prozesses eines politischen Übergangs zu einer Mehrparteiendemokratie in Kuba zu fördern“, nicht nur ein Akt von Einmischung ist, den wir auf Grund unseres Eintretens für Nichteinmischung und Selbstbestimmung der Völker – ebenso verteidigt von der UNO
-

- und gegen den Kolonialismus verwerfen, sondern dass es von einem einzigen Modell von Demokratie ausgeht. Einem Modell, das eigentlich immer ungenügender und fraglicher scheint. Die Suche und das Vertiefen der Demokratie bedeutet, unter anderen, ihre formalen Niveaus zu überwinden und neue, authentisch repräsentative Formen zu entwickeln, die nicht unbedingt an ein Mehrparteiensystem gebunden sind, das, wie alle wissen, häufig verbirgt, dass die Entscheidungen über die großen Probleme der Welt von kleinen und sehr mächtigen Interessengruppen einseitig getroffen werden, oberhalb des Parteienregiments.

4. Dass eine Einmischung in die inneren politischen Angelegenheiten des kubanischen Volkes begründen zu wollen, indem man den Fall von Orlando Zapata – gewöhnlicher Verbrecher und keinesweges politischer Gefangener – in den Medien manipuliert, mit der Antiaufstandspolitik übereinstimmt, die in Lateinamerika zum Stoppen oder Verzerren der laufenden Prozesse von emanzipatorischer Umwandlung angewandt worden sind und der kriminellen Blockade gegen das kubanische Volk hinzugefügt werden. Eine Blockade, die nur durchgeführt wird, weil Kuba keine Auferlegungen akzeptiert und sein Recht verteidigt, über sein Schicksal mit Würde und in Selbstständigkeit zu entscheiden.

5. Dass wir die Sorge der Parlamentarier über die Achtung der Menschenrechte auf Kuba teilen, aber wir weiten es auf die ganze Welt aus. Genauso wie sie sich um den Fall des gestorbenen Verbrechers (der in 40 Jahren keinen ähnlichen Präzedenzfall hat) sorgen, rufen wir sie auf, das Ende der Besatzung von Gaza und der Attacken gegen das palestinensische Volk zu fordern, die nicht nur einen, sondern hunderte Tote verursacht haben; das Ende der Intervention in Irak und Afghanistan zu fordern, die Tod und Terror in Dörfern und Städten brachte; das Ende der Bombardierung in diesen Orten mit der Begründung, die Demokratie zu verteidigen, zu verlangen; für das Ende der Doppelbesatzung von Haiti einzutreten; die Schließung des Guantánamo-Gefängnisses sowie die Übergabe dieses Gebiets an Kuba zu fordern, dem es gehört; die Rückgabe der Malwinen (Falklandinseln) an Argentinien zu verlangen; und, selbstverständlich, für das Ende einer Blockade einzutreten, die die Menschenrechte des kubanischen Volkes verletzt, und die die moralische Qualität von demjenigen in Frage stellen kann, der eine menschliche Behandlung für einen Verbrecher verlangt, während er diese einem ganzen Volk verweigert.

Die Wirtschafts- und Medienbelästigung, der Kuba unterworfen ist, schon vor dem Tod des gewöhnlichen Gefangenen Orlando Zapata, ist ein Verstoß gegen die Menschen- und politischen Rechte eines Volkes, das sich für einen anderen Weg entschieden hat.

Wir fordern Respekt für die inneren Wege des kubanischen Volkes seine Demokratie zu bestimmen und auszuüben, und verlangen Konsequenz mit den universellen, von der UNO vereinbarten Prinzipien der Nichteinmischung auf.

Netzwerk zur Verteidigung der Menschheit

unterzeichnen: <http://www.porcuba.org/>

Quelle: [Konsulat Bonn](#)



REFLEXIONEN DES GENOSSEN FIDEL DIE US-GESUNDHEITSREFORM

[...] Wir sind der Meinung, dass die Gesundheitsreform eine wichtige Schlacht war und einen Erfolg seiner Regierung darstellt. Als etwas wirklich Außergewöhnliches erscheint jedoch die Tatsache, dass die Regierung jenes Landes 234 Jahre nach der von den Ideen der

französischen Enzyklopädisten inspirierten Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1776 in Philadelphia, die medizinische Versorgung der großen Mehrheit seiner Bürger beschlossen hat; etwas, was Kuba vor einem halben Jahrhundert für seine gesamte Bevölkerung erreicht hat, trotz der dem Land auferlegten unmenschlichen Blockade durch das mächtigste je vorhandene Land, die noch weiter besteht. Schon früher,

nach knapp einem Jahrhundert Unabhängigkeit und nach einem blutigen Krieg, konnte Abraham Lincoln die gesetzmäßig verankerte Freiheit der Sklaven erreichen.

Andererseits kann ich es nicht lassen, an jene Welt zu denken, in der über ein Drittel der Bevölkerung keine medizinische Versorgung genießt und nicht einmal über die essentiellen Arzneien zur Absicherung der Gesundheit verfügt. Diese Situation wird sich noch in dem Maße verschärfen, in dem der Klimawechsel und der Wasser- und Nahrungsmittelmangel immer schlimmer werden, und dies in einer globalisierten Welt, wo die Bevölkerung zunimmt, die Wälder verschwinden, das landwirtschaftliche Nutzland abnimmt, die Luft stickig wird und die in dieser Welt lebende menschliche Gattung – die vor knapp 200 000 Jahren hervorgegangen ist, d.h. 3,5 Milliarden Jahre nachdem sich die ersten Lebensformen auf dem Planeten entwickelt haben - reale Gefahr läuft, als Gattung zu verschwinden.

[...] Die US-Bundesreserve bringt die konvertierbaren Banknoten so wie sie lustig ist in Umlauf, diese Währung, welche die Eroberungskriege finanziert und die Gewinne der Rüstungsindustrie, die auf der ganzen Welt verbreiteten Militärstützpunkte und die großen Investitionen, durch die die transnationalen Unternehmen die Volkswirtschaften vieler Länder der Welt unter Kontrolle halten. Nixon hat die Konvertierbarkeit des Dollars in Gold einseitig aufgehoben, während in den Gewölben der Banken von New York sieben Tonnen Gold aufbewahrt wurden, etwas über 25% der Weltreserven an diesem Metall, eine Zahl, die am Ende des Zweiten Weltkrieges 80% übertraf. Es wird argumentiert, dass die Verschuldung der öffentlichen Hand die 10 Billionen Dollar übertrifft, was mehr als 70% des BIP jenes Landes sind, eine Last, die den neuen Generationen übergeben wird. Das wird behauptet, wo doch in Wirklichkeit die Weltwirtschaft diese Schuld mit den riesigen Ausgaben an Gütern und Dienstleistungen bezahlt, die sie beiträgt, um US-Dollar zu erwerben, mit denen die großen transnationalen Unternehmen jenes Landes sich eines bedeutenden Teils der Reichtümer der Welt bemächtigt haben und die Konsumgesellschaft jener Nation aufrecht erhalten. Jedermann kann begreifen, dass so ein System unhaltbar ist, und dass die reichsten Sektoren der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten auf der Welt ein System verteidigen, das allein auf der Grundlage der Unwissenheit, der Lügen und der in der Weltöffentlichkeit durch die Massenmedien, einschließlich der wichtigsten Internetnetze, verbreiteten bedingten Reflexe haltbar ist.

Jetzt fällt das Gerüst aufgrund des beschleunigten Voranschreitens des Klimawechsels und seiner verheerenden Folgen zusammen, die die Menschheit vor ein außerordentliches Dilemma stellen. Die Kriege zwischen den Mächten scheinen schon nicht mehr eine mögliche Lösung für die großen Widersprüche zu sein, wie sie es bis zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren. Aber gleichzeitig haben diese ihrerseits auf jene Faktoren Einfluss ausgeübt, welche das menschliche Überleben möglich machen, und zwar so, dass sie der Existenz der jetzigen, unseren Planeten bewohnenden, intelligenten Gattung vorzeitig ein Ende bereiten können. [...]

Fidel Castro Ruz

hier der ganze Text: [FIDEL: DIE US-GESUNDHEITSREFORM](#)

Aktuelles aus und über Kuba

www.fgbrdkuba.de, www.fgbrdkuba-berlin.de,

<http://www.cubafreundschaft.de/>

Flugblatt der FG Gruppe Essen:

[Cubafreundschaft Flugblatt 1](#) und [Cubafreundschaft Flugblatt 2](#)

weitere Veranstaltungen und Termine:

<http://www.fgbrdkuba.de/termine/kalender.html>



LITERATUREMPFEHLUNGEN:

FREUNDESKREIS HEINZ KEßLER: DIE SACHE AUFGEBEN, HEIßT SICH SELBST AUFGEBEN

Festschrift für Heinz Keßler zum 90. Geburtstag
ISBN 978-3-939828-37-2, Taschenbuch, 222 Seiten, 10,00 €

»Ich reklamiere für mich, dass ich viele Vorgänge in der Vergangenheit im Moment ihres Stattfindens nur bedingt durchschaut und in ihren Auswirkungen erfasst habe. Ein solches Schicksal, so denke ich, teile ich wohl mit den meisten Menschen. Erst beim Blick zurück ordnet sich vieles zu einem überschaubaren Ganzen. Theoretische Erkenntnisse werden bestätigt, Vermutungen bekräftigt oder widerlegt, Irrtümer offenbar – und daraus wachsen wieder neue Einsichten. Das ist auch notwendig, damit die positiven Erfahrungen gewahrt bleiben und um nicht zweimal die gleichen Fehler zu begehen.«

<http://www.verlag-wh.de/der-laden/index.html>



PROTOKOLLBAND ZUR DDR-KONFERENZ OKTOBER 2009

offen-siv

Und der Zukunft zugewandt **Protokollband unserer zweitägigen wissenschaftlichen** **Tagung zum 60. Jahrestag der Gründung der DDR vom** **20./21.10.2009**

Es traten auf: H. Bauer, Berlin; H. Brar, Großbritannien; E. Buchholz, Berlin; H.-W. Deim, Strausberg; F. Flegel, Hannover; J. Focke, Berlin; R. Gonda, Tschechische Republik; K. Gossweiler, Berlin; D. Hillebrenner, Dresden; I. Höhmann, Berlin; D. Itzerott, Torgau; J. Jabrowa, Ukraine; H. Keßler, Berlin; M. Kober, Amtzell; M. Kubi, Frankfurt/M.; H. Langer, Berlin; H. Leihkauf, Berlin; R. Medernach, Luxemburg; L. Ngardigal, Tschad; M. Opperskalski, Köln; F. Panis, Griechenland; A. Reichardt, Rangsdorf; T. Reichelt, Dresden; Ali San, Türkei, z.Zt. Luxemburg; J. Skala, Tschechische Republik; M. van der Meer, Cantnitz, Th. Waldeck, Cottbus; H. Weisheit, Viernau.

284 Seiten, 15,00 €, ISBN: 978-3-00-029873-8
Zu bestellen bei uns (portofrei) oder in jeder guten Buchhandlung.

Offensiv, F. Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover, Tel/Fax: 0511-52 94 782,
Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.com
Kostenlos Probehefte von offen-siv bestellen!

SPENDENAUFTRUF

Die Kommunistische Initiative in Deutschland kommt über Parteigrenzen hinweg in lebhaften Gang und gewinnt an Schwung. Das Ziel einer kommunistischen Partei, fest auf dem Fundament des Marxismus-Leninismus, rückt sichtlich näher – auch wenn die KI weiterhin keine Partei sein wird. Bundesweit finden sich Organisierte und Unorganisierte als Diskussionspartner und Interessenten zusammen, müssen – kontinuierlich – mit aktuellen Informationen und Kontakten versorgt werden. Dazu kommt die aktuell-politische und die theoretische Arbeit. Zu all dem braucht die KI Unterstützung, produktive und kritische Mitarbeit. Dazu fordern wir auf.

Zugleich benötigt die KI eine solide finanzielle Absicherung – die derzeit nicht gegeben ist. Dieses Ziel ist deshalb so vordringlich, weil ALLE Arbeit davon abhängt. Notwendig ist eine kontinuierliche Spende! Auch wenn sie gering ist, bildet diese die Grundlage für die saubere Entwicklung und das Wachstum der Kommunistischen Initiative.

Spende bitte daher, am besten regelmäßig, auf unser Spendenkonto bei:

André Vogt, Norisbank (Dresden)
Konto-Nummer: 800 696 700, BLZ: 760 260 00, Verwendungszweck: „KI“

**Kommunistische Grüße,
Martin
Kommunistische Initiative
(Organisationskomitee)**

PS – Hinweis: KI auf YouTube => <http://www.youtube.com/user/KIDeutschland#p/u>

The screenshot shows the YouTube channel page for 'Kommunistische Initiative (de)'. At the top, there is a search bar and navigation links like 'Suchen', 'Durchsuchen', 'Video hochladen', 'Konto erstellen', and 'anmelden'. The channel header includes the name 'Kommunistische Initiative (de)', a 'Kanal von KIDeutschland' label, and an 'Abonnieren' button. Below the header is a video player showing a video with a hammer and sickle logo and the text 'KOMMUNISTISCHE INITIATIVE'. To the right of the video player is a list of video uploads with thumbnails, titles, and view counts. The videos listed are: 'Zur Geschichte der DDR Teil 3/3' (106 Aufrufe), 'Zur Geschichte der DDR Teil 2/3' (71 Aufrufe), 'Zur Geschichte der DDR Teil 1/3' (222 Aufrufe), 'Imperialistische Diversion gegen die DDR' (47 Aufrufe), 'Imperialistische Diversion gegen die DDR' (62 Aufrufe), 'Imperialistische Diversion gegen die DDR' (199 Aufrufe), and 'Zur Aktualität von Lenins Imperialismustheorie' (236 Aufrufe).